



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften -

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 28. August 2025

Vorlagen-Nr. 25-F-10-0013

**Für die Stärkung von Identifikation und Zugehörigkeitsgefühl: Wiesbaden zeigt Flagge!
-Antrag der AfD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.07.2025-**

Begründung:

Gemäß § 1 FlaggG HE obliegt es dem hessischen Innenminister per Erlass, die „Beflaggung der Dienstgebäude und sonstigen öffentlichen Gebäude des Landes und der hessischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen, soweit sie der Staatsaufsicht unterstehen“, anzuordnen.

Allerdings steht es den Kreisen und kreisfreien Städten als Schulträger ausdrücklich frei, darüberhinausgehende Regelungen hinsichtlich der Beflaggung der Schulgebäude in ihrem Verantwortungsbereich zu treffen.

Antrag:

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

1. Die Stadtverordnetenversammlung betont, dass Bildung nicht allein im Erwerb von Wissen bestehen darf, sondern stets mit einer positiven identitätsstiftenden Erziehung im Sinne der eigenen Traditionen einhergehen soll. Ein positives Bekenntnis zu unserer deutschen Nation und ihren freiheitlich-demokratischen Werten ist für ein sinnstiftendes und erfülltes Leben in unserem Gemeinwesen essentiell.
2. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt, dass die Farben Schwarz-Rot-Gold für Einheit und Freiheit stehen. Sie gelten uns als Symbol, dass die Freiheitsidee, die Idee der persönlichen Freiheit, eine der Grundlagen unseres Staates sein soll.
3. Die Stadtverordnetenversammlung stellt in diesem Zusammenhang mit Sorge fest, dass besonders in den letzten Jahren der positive Bezug zu unserem deutschen Gemeinwesen stark abgenommen hat. Eine Entwicklung, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land gefährdet.
4. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, zu verfügen, dass öffentliche Schulen ohne besondere Anordnung durchgehend mit der deutschen Bundesflagge beflaggt werden. Diese kann um die hessische Landesflagge ergänzt werden. Schulen im Stadtgebiet in freier Trägerschaft ist eine entsprechende Empfehlung auszusprechen. Sofern an öffentlichen Schulen nicht die technischen Voraussetzungen für eine solche Beflaggung bestehen, so sind diese mit finanzieller Unterstützung seitens der Landeshauptstadt Wiesbaden unbürokratisch herzustellen.

Beschluss Nr. 0099

Der Antrag wird abgelehnt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2025

Nikolas Jacobs
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2025

Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister